

Energiepolitik : wollen wie das "Wurstel-Szenario"?

Autor(en): **Pestalozzi, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1988)**

Heft 2: **Strom : scheint's das ganze Leben**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wollen wir das «WURSTEL-SZENARIO»?

ENERGIEPOLITIK

Die vom Bundesrat eingesetzte Experten-Gruppe Energieszenarien EGES legte das Gewicht ihrer Abklärungen im wesentlichen auf die drei Szenarien «Referenz», «Moratorium» und «Ausstieg». Ausgerechnet ein viertes Szenario mit den grössten Realisierungschancen hat die EGES leider nicht näher untersucht: das «Wurstel-Szenario».

Die einzige Konstante der Schweizerischen Energie-Politik, mit der in den letzten Jahren – vorab im Zusammenhang mit der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie – sicher gerechnet werden konnte, ist das Wurstel: Bis zum Anfang der siebziger Jahre war das, was man heute Energiepolitik nennt, ohnehin existent. Dann wurde eine Gesamtenergie-Ko(h)nzepktion GEK in Auftrag gegeben, die ihre Hauptaufgabe darin sah, das Dogma zu bestätigen, dass es ohne Atomenergie nicht gehe. Den Beweis andererseits, dass Atomenergie der Bevölkerung überhaupt zugemutet werden darf, blieb man schuldig, nachdem die Bewilligungen für die heute in Betrieb stehenden Atomkraftwerke – bis auf ganz wenige Ausnahmen in jüngerer Zeit – schlicht per Einschreibebrief erteilt wurden und von einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht die Rede sein konnte.

Die so geschaffenen Sachzwänge trugen Früchte: Auch in der Entsorgungspolitik musste gewurstelt werden. Das Entsorgungsproblem wurde lange Zeit überhaupt nicht erkannt, dann wurden unrealistische Versprechungen abgegeben, von denen heute jedermann weiss, dass sie nicht eingehalten werden können, und nun wird die Lösung des Problems ganz einfach auf die lange Bank geschoben. Energiesparpolitik andererseits beschränkte sich auf fromme Appelle bei gleichzeitiger Vermeidung jeder griffigen Massnahme. Während sich die kleine Hausfrau mit ihrem schlechten Gewissen herumplagte, wurde im Grossen fröhlich weiterverschwendet.

Energie ohne Politik

Konstruktive Beiträge zu einer Energiepolitik, die diesen Namen verdient, wurden, wie die im Rahmen der GEK erarbeitete Stabilisierungsvariante, einfach schubladisiert oder, wie das von den Um-

weltorganisationen vor zehn Jahren erarbeitete Konzept «Jenseits der Sachzwänge», als utopische Illusion diffamiert. Mit Millionenpropaganda wurden die in Volksinitiativen vorgeschlagenen Weichenstellungen in Richtung Ausstieg aus der Atomenergie knapp verhindert, und der Bund selbst konnte sich auch bloss zu einem Energietrikel durchringen, der so flügelhahn war, dass er mangels enthusiastischer Befürworter den prinzipiellen Gegnern einer staatlichen Energiepolitik zum Opfer fiel. Für einflussreiche Teile des energiepolitischen Establishments besteht Energiepolitik auch nach Harrisburg und Tschernobyl immer noch in der simplen Substitution von Erdöl durch (Atom-)Strom. Dass diese «bewährte Politik» selber inzwischen zur Illusion geworden ist, wollen sie nicht sehen.

Das Resultat des Gewurstels der letzten 15 Jahre ist eine energiepolitische Pattsituation: Die Atomenergiebefürworter sind heute nicht mehr stark genug, ihr Atomprogramm zu realisieren; ihre Kraft reicht jedoch, jede wirksame Energiepolitik im allgemeinen und insbesondere eine wirksame Elektrizitätssparpolitik im speziellen zu verhindern. Das Umgekehrte gilt für die Atomkraftgegner. Ihre politische Kraft reichte bisher zwar aus, seit rund zehn Jahren den Bau neuer Atomkraftwerke zu verhindern, und sie wird wohl auch künftig dazu ausreichen – hingegen sind die Atomkraftwerkgegner politisch noch nicht stark genug, ihre energiepolitischen Vorstellungen einer alternativen Energiepolitik durchzusetzen. Praktisch besteht also ein Moratorium ohne flankierende Energiepolitik; das «Wurstel-Szenario» ist Realität: keine Mehrproduktion im Inland, aber auch kein Minderverbrauch, sondern «Bedarfs»-Deckung auf dem Weg des geringsten – und am wenigsten teuren – Widerstandes.

Gerade die Kaiseraugst-Motion der bürgerlichen Parlamentarier bestätigt diese Einschätzung. Selbst Leute aus der vordersten Linie der Atombefürworter wie die Nationalräte Blocher und Bremi mussten einsehen, dass das AKW-Projekt Kaiseraugst tatsächlich gestorben ist, es folgte nur noch darum gehen kann, diese seit Jahren verwesende Leiche endlich schicklich – und teuer! – zu beerdigen.

Damit aber daraus ja nicht eine energiepolitische Weichenstellung werde, wird mit der Motion gleichzeitig krampfhaft an der «Option Kernenergie» festgehalten und der Erlass eines Stromspargesetzes als «das Allerdümmste» diffamiert (so Nationalrat Bremi im «Tages-Anzeiger» vom 19.3.1988).

Nach dem Verzicht auf Kaiseraugst wird sich jedoch in der Schweiz keine Region mehr finden lassen, welche bereit ist, den Schwarzen Peter aus der Nordwestschweiz zu übernehmen. Bereits hat die Berner Regierung Widerstand gegen das AKW Graben als Alternative angemeldet. Selbst im bisher traditionell atomergetreuen unteren Aaretal formiert sich – sogar bürgerlicher! – Widerstand gegen neue Pläne der Atomwirtschaft (für atomare Zwischenlager), was den «Lages-Anzeiger» zum Titel verleitet, auch die «Heimspiele» der AKW-Betreiber würden nun schwerer.

Wenn aber in den nächsten paar Jahren in der Schweiz kein neues Atomkraftwerk mehr gebaut werden kann, wird auch die schweizerische Wirtschaft darauf verzichten, das entsprechende Know-how weiter zu pflegen. Die «Option Kernenergie» erweist sich somit als d. e. energiepolitische Illusion von heute.

Patriotismus hört an der (Profit-)Grenze auf

Aufrechterhalten lässt sich die «Option Kernenergie» höchstens im Ausland. Dieser Weg soll nun nach dem Willen der bürgerlichen Parlamentarier tatkräftig beschritten werden, wurde doch im Zusammenhang mit der Verzichts-Motion Kaiseraugst ausdrücklich auf die Möglichkeit billiger Stromimporte, vor allem aus Frankreich, hingewiesen. Die gleichen Leute, die noch im Abstimmungskampf von 1984 Atomkraftwerke als Mittel gegen die Auslandsabhängigkeit zu verkaufen versuchten, haben heute keine Hemmungen, eine wirksame Elektrizitätssparpolitik zu bekämpfen und den Strom gleich direkt in Frankreich einzukaufen. Im Zeitalter der Realisierung des EG-Binnenmarktes ist es aus der Sicht der international verflochtenen Grosskonzerne tatsächlich kaum einzusehen, wieso teurer Atomstrom in der Schweiz produziert

werden soll, wenn billiger Atomstrom in Frankreich zu haben ist. Hier wird nicht nach patriotischen Kriterien wie der vielbesungenen «Vermeidung der Auslandsabhängigkeit» entchieden, sondern nach Rentabilitätsüberlegungen.

Die EGES zeigte auf, dass ein grosser energiepolitischer Handlungsspielraum besteht. Wenn Politik tatsächlich etwas mit rationaler Beurteilung und Entscheidung von Sachfragen zu tun hätte, hätten die EGES-Szenarien den Anfang der Aufweitung verhärteter energiepolitischer Fronten bilden können. Damit hat aber Politik entgegen einem offenbar immer noch weitverbreiteten Irrtum eben nichts zu tun: Die Wirtschaftsverbände pflegen lieber weiterhin ihr Vorurteil «Ohne (Atom-)Strom steht die Wirtschaft still», statt dass sie die EGES-Arbeiten auf allfälligen wirtschaftlichen Nutzen hin untersuchen würden. Es könnte sonst das Schreckliche passieren, dass für einmal die Vorurteile neuen Erkenntnissen weichen müssten.

Dem EGES-Bericht kann nämlich durchaus entnommen werden, dass das Ausstiegs-Szenario neben ökologischen Vorteilen und Vorteilen für die Kultur der föderalistischen halb-direkten Demokratie vor allem auch volkswirtschaftliche Vorteile bringt: Obwohl das Ausstiegs-Szenario erhebliche staatliche Eingriffe beinhaltet, sind diese vor allem darauf ausgerichtet, marktwirtschaftliche Bedingungen herzustellen und umweltpolitische Konsequenzen des Verhaltens von Wirtschaftssubjekten gemäss dem Verursacherprinzip zu internalisieren, das heisst: Wer verschmutzt, sollte die Verschmutzung selbst bezahlen. Damit sind zwar Mehrbelastungen und Einschränkungen der Entscheidungsfreiheit verbunden, diese stellen aber das Funktionieren der Marktwirtschaft nicht grundsätzlich in Frage und können es teilweise sogar verbessern. Aber eben: freie Marktwirtschaft wäre ja wohl das letzte, was sich die in Monopolen organisierte Elektrizitätswirtschaft wünschen kann.

Ausstieg ist Anstoss für die Wirtschaft

Die mit dem Ausstieg notwendige Umstrukturierung in Richtung Energie-Ef-

fizienz ist laut EGES längerfristig auch unter dem Gesichtspunkt des qualitativen Wachstums und des internationalen Wettbewerbs sinnvoll, weil sie zu einer Annäherung an optimale Produktionsstrukturen führt. Insbesondere die energiepolitischen Innovationsanstösse sind beim Ausstieg breiter (auf den ganzen Anwendungsbereich und alle Primärenergien) angelegt: Die Entwicklung und Produktion neuer Technologien konzentriert sich bei der Atomenergie vorwiegend auf Grossfirmen, bei den Spartechnologien dagegen auch auf kleinere und mittlere Betriebe und das Gewerbe; die Aussichten für Exporte von Atomanlagen sind wegen der Abschottungstendenzen in den Industrieländern und des Ausbildungs- und Kapitalmangels in den Entwicklungsländern weniger günstig als bei den Spartechnologien. Die schmerzlichen Erfahrungen, z.B. bei ASEA-Brown Boveri, genügen offenbar noch nicht, um den Wirtschaftsführern klar zu machen, dass die Atomenergieumsetzung eine Technologie von gestern ist, mit der die Schweizer Wirtschaft auf den Märkten von morgen nicht überleben kann.

Die EGES-Arbeiten bestätigen einmal mehr, dass der Ausstieg tendenziell die Wertschöpfung und die Beschäftigung fördert und somit bei steigender Produktivität einen Beitrag zur Bekämpfung der Probleme der Arbeitslosigkeit leistet. Der Slogan «Ohne Strom kein Lohn» entpuppt sich als Propagandafeld. Der von bürgerlichen Ideologen konstruierte Pseudo-Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt verunmöglicht es den Wirtschaftskreisen offenbar, aus bereits gemachten Erfahrungen zu lernen, obwohl immer wieder dasselbe Ritual abläuft: «Ohne Zwänge, ohne Randbedingungen und ohne «Regulierung» des Staates reagiert das Kapital nicht. Höchstens denunziert es die ökologischen Kritiker mit teuren PR-Strategien [«Strom ist das ganze Leben»?]. Heute sind alle jene Industrien glücklich, denen von ihren Regierungen schon früh Abgas- und Umweltauflagen auferlegt worden sind. Sie sind nämlich heute mit ihren Katalysatoren, Rauchgasreinigungsanlagen, Filtern und Messgeräten an vorderer Front auf den Weltmärkten. Man muss der Industrie tatsächlich Vorschriften

machen, aber man muss ihr genügend Zeit zur Anpassung geben und frühzeitig einen Fahrplan vorschreiben.» (Rudolf Strahm, Vom Wechsels der Räder am fahrenden Zug, Zürich 1986, S. 133). Mit ihrem bornierten Widerstand gegen die sich aufräuhende klare energiepolitische Weichenstellung fordert die Wirtschaft weiterhin das «Wurstel-Szenario» und schränkt sich damit wider besseres Wissen den bestehenden Handlungsspielraum ein, den sie tatsächlich braucht. Genau mit dieser Politik tragen jene Kreise, welche heute mehr Freiheit und weniger Staat predigen, dazu bei, dass später um so härtere staatliche Eingriffe erfolgen müssen. Gleichzeitig verpassen sie die Chance, dank frühzeitigen staatlichen Impulsen im Bereich der effizienten Energieumutzung der erneuerbaren Energien neue Märkte zu erschliessen und damit zur Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität beizutragen.

Ausstieg ist unausweichlich: Entscheiden wir heute!

Insgesamt ist die Energiepolitik eine Frage der Investitionslenkung. Die Energieinvestitionen werden – in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft – auf jeden Fall gelenkt. Die Frage ist nur, ob diese Lenkung die Elektrizitätsproduzenten in ihrem eigenen Interesse oder die öffentliche Hand im volkswirtschaftlichen Interesse vornimmt. Mit der Annahme der in absehbarer Zeit zur Abstimmung gelangenden Ausstiegsinitiative kann immerhin das Volk jene politischen Führungsqualitäten zeigen, die der bürgerlichen Politik und dem von ihr dominierten Parlament zurzeit so offensichtlich fehlen. Dass daneben im Interesse künftiger Generationen, die derinst auch einmal noch auf diesem Planeten leben wollen, in Anbetracht der heute durchaus bekannten Zukunftsprobleme auch einmal die Frage gestellt werden müsste, ob überhaupt ein Energie- und Ressourcenverzehr zulässig ist, wie er selbst dem Ausstiegs-Szenario noch zugrunde liegt, wagt man im heutigen politischen Klima der Erstarrung schon kaum mehr laut auszusprechen...

Martin Pestalozzi